

(Beginn: 14.38 Uhr - Ende: 15.20 Uhr)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Liebe Kollegen und Kolleginnen! Hiermit eröffne ich die heutige öffentliche Sondersitzung als 43. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Zuschauer und Zuschauerinnen im Internet, die Vertreter und Vertreterinnen der Presse, wenn sie denn noch kommen, die anwesenden Bezirksbürgermeister, Herrn Mike Homann und Herrn Henk van Benthem, sowie alle anwesenden Kollegen und Kolleginnen sehr herzlich.

Frau Oberbürgermeisterin kann heute die Sitzung nicht leiten. Sie ist verhindert. Deswegen sitze ich hier und führe durch die Sitzung.

(Beifall bei der SPD)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Frau Bercher-Hiss, Herr Hammer, Frau Heuser, Frau Kessing, Frau Professor Dr. Killersreiter, Herr Richter, Frau Schwab, Frau Thelen, Herr Dr. Unna, Frau Schultes, Frau Dr. Bürgermeister, Herr Börschel, Herr Sterck, Herr Scholz, Herr Zimmermann, Frau De Bellis-Olinger, Herr Dr. Elster, Frau Gärtner, Herr Dr. Gutzeit, Frau Henk-Hollstein - -

(Anna-Maria Henk-Hollstein [CDU]: Ich bin hier!)

- Entschuldigung. Das hat Ihre Fraktion so gemeldet. - Wer ist sonst noch da?

(Luisa Schwab [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich!)

- Frau Schwab. Das wird sofort korrigiert.

Des Weiteren sind heute entschuldigt: Herr Kienitz, Frau Nesseler-Komp, Frau Roß-Belkner, Herr Dr. Schlieben, Herr Dr. Schoser, Herr Dr. Strahl und Herr Philippi.

Ist jetzt alles korrekt? - Gut.

Als Stimmzähler und Stimmzählerinnen benenne ich Herrn Pöttgen stellvertretend für Herrn Philippi, Frau Dresler-Graf und Herrn Baentsch.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Im Vergleich zu den letzten Ratssitzungen haben wir eine überschaubare Tagesordnung. Diese liegt Ihnen allen vor.

Wir werden uns heute mit der Beschlussvorlage zur Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2018 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im 2. Halbjahr 2018 beschäftigen. Dazu liegt Ihnen ein heute eingegangener Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vor.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Damit ist sie so beschlossen.

Dann können wir gleich in die Tagesordnung einsteigen:

## 1 Ortsrecht

### 1.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2018 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im 2. Halbjahr 2018 2533/2018

#### Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe BUNT AN/1383/2018

Diese Beschlussvorlage hatten wir bei unserer letzten Sitzung am 27. September 2018 vertagt.

In der vergangenen Woche hat es dazu, wie angeregt, eine erneute Abstimmung mit ver.di gegeben. Das Ergebnis können Sie der Anlage 20 entnehmen. Ich gehe davon aus, dass Sie dies schon gemacht haben.

Jetzt kommen wir zur Rednerliste. Ich darf als Ersten Herrn Joisten aufrufen.

**Christian Joisten (SPD):** Sehr geehrte Bürgermeisterin Scho-Antwerpes! Meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und am Internet! Wir kommen in der Tat noch einmal zusammen, weil wir bei der vergangenen Sitzung hier miteinander eine Vereinbarung getroffen haben, die eigentlich zum Ziel hatte, im Rahmen des Verwaltungsverfahrens, das wir der Verwaltung noch einmal mit auf den Weg gegeben haben, zu einer Lösung zu kommen, die dann anschließend der Politik nur vorgelegt zu werden bräuchte.

Ich muss heute leider insgesamt feststellen: Was den Verlauf dieser Vorlagen zum Thema Sonntagsöffnungen betrifft, hat aus unserer Sicht die Verwaltung ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht nur so, dass wir in diesem Rat bereits mehrfach - unabhängig von der aktuellen Vorlage - immer wieder einen Auftrag erteilt haben, einen Konsens mit den verschiedenen Playern, mit den verschiedenen Akteuren in diesem Feld herzustellen, was aus unserer und auch aus meiner ganz persönlichen Wahrnehmung in der Vergangenheit nicht mit dem Engagement und vor allen Dingen nicht mit der Zielsetzung gemacht wurde, wie ich mir eine solche Konsensfindung vorstelle.

(Sylvia Laufenberg [FDP]: Hervorragend gemacht!)

Auch in dieser Vorlage haben wir aus meiner Sicht nicht die Unterlagen erhalten und die Bewertungen vorgefunden, die uns in die Lage versetzen, zu einer profunden Entscheidung in jedem einzelnen Punkt zu kommen. Die sehr globale, sehr pauschale, in wenigen Zeilen abgehandelte Bewertung der gesamten Veranstaltungen ist dazu aus unserer Sicht nicht geeignet. Wir brauchen am Ende eine Bewertung und ein Abwägen jeder einzelnen Veranstaltung. Das ist auch in dieser Vorlage nicht in dem Maße passiert, dass wir auf dieser Basis eine gute Entscheidung treffen könnten.

In der vergangenen Ratssitzung haben wir noch einmal den Auftrag erteilt, mit ver.di auf Basis neuer oder zusätzlicher Aspekte einen möglichen Konsens herzustellen. Nach meinem Kenntnisstand hat es seitens der Verwaltung keine neuen Aspekte oder neuen Informationen gegeben, die ver.di in irgendeiner Weise als Grundlage hätten dienen können, seine Position zu verändern.

Zu meinen, mit der gleichen Position, die ja bereits bewertet wurde, in ein solches Gespräch zu gehen und dann ein neues Ergebnis zu erzielen, ist, gelinde gesagt, naiv. Ich hatte mir sogar erlaubt, den Herrn Stadtdirektor in einer Mail noch einmal auf die auch bei mir angekommene Erwartungshaltung von ver.di hinzuweisen und zu formulieren: Da muss es einen neuen Input geben; sonst lohnt das Gespräch gar nicht.

Leider ist es dazu nicht gekommen. Insofern muss ich noch einmal deutlich sagen: An einem solchen Verfahren sind wir im Sinne der Zukunft nicht interessiert. Wir haben ja in Kürze das Thema „Sonntagsöffnungen im Jahr 2019“ auf der Tagesordnung stehen. Da müssen wir zu einem anderen, zu einem besseren, zu einem konsensuelleren Verfahren kommen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Fall hat jetzt die Politik die Hausaufgaben der Verwaltung ein Stück weit übernommen. Wir haben uns nämlich im politischen Raum abgestimmt, zusammengesetzt und am Ende eine Bewertung unter rein politischen Gesichtspunkten vorgenommen - nicht juristisch; das will ich ganz klar sagen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Sonnenbrille!)

Denn wir als Politik können da nicht das Verwaltungshandeln, die Verwaltungsexpertise oder die juristische Expertise ersetzen - es sei denn, wir nähmen uns entsprechende Anwälte und ließen uns Gutachten erstellen. Aber das kann nicht Aufgabe von Politik sein.

Wir wollten aber der Verantwortung, die wir hier an dieser wichtigen Stelle für die Stadt haben, gerecht werden. Deswegen haben wir auch miteinander gerungen und haben geschaut: Welche der vorgeschlagenen Veranstaltungen widersprechen schon ganz offensichtlich den rechtlichen Grundlagen oder der höchstrichterlichen Rechtsprechung, und nach welchen Kriterien können wir da vorgehen?

Zwei Kriterien haben wir aus unserer Sicht insbesondere zugrunde gelegt, nach denen wir die Veranstaltungen identifiziert haben, die jetzt nicht mehr zur Beschlussfassung vorliegen. Bei unserem Änderungsantrag von SPD, CDU, Grünen und BUNT - ich muss an dieser Stelle noch einmal betonen, dass BUNT Mit Antragsteller ist; das ist bei der Einstellung des Antrags nicht richtig herübergekommen - haben wir vier in erster Linie auf diese beiden Kriterien geschaut.

Erstens. Gibt es eine Veranstaltung, die tatsächlich diese Ladenöffnung begleitet und bei der es sich nicht lediglich um das berühmte Einschalten einer Weihnachtsbaumbeleuchtung oder einer Straßenbeleuchtung in weihnachtlicher Form handelt?

Zweitens. Sind daran örtliche Strukturen im Sinne von Vereinen, Schulen, Kitas oder auch Kunstschaffenden aus dem jeweiligen Ort beteiligt?

Unter diesen Aspekten haben wir fünf Veranstaltungen identifiziert, die wir bei Zugrundlegung der beiden Kriterien nicht mittragen können. Alle anderen Veranstaltungen erfüllen diese Kriterien - mit einer Ausnahme; das muss man in aller Klarheit sagen. Dass die Ladenöffnung im Severinsviertel am 4. November 2018 weiterhin erfolgen soll, trägt der Situation in der Severinstraße und der schwierigen Geschichte, die diese

Straße in den letzten Jahren nach dem Archiveinsturz hatte, Rechnung. Deswegen haben wir gesagt: Da wollen wir nicht kleinlich sein. - Denn nach den beiden Kriterien hätte man auch diese jetzt noch in Rede stehende Veranstaltung ablehnen müssen.

Summa summarum sind wir der Überzeugung: Einerseits muss ein klares Signal an die Einzelhändler gehen, dass wir ihr Engagement für die Veedel unterstützen. Andererseits muss aber auch klar sein, dass wir den Sonntagschutz hochhalten, dass er für uns ein ganz wichtiges Gut ist und dass wir uns da auch nicht leichtfertig über die Spielregeln hinwegsetzen.

Deswegen ist uns der Punkt II des Änderungsantrags besonders wichtig.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ja!)

Uns ist auch wichtig, deutlich zu machen, dass das, was wir hier heute miteinander vereinbaren, kein Präjudiz ist, sondern dass es der Situation geschuldet ist, in einer sehr knappen Zeit zu einem Ergebnis kommen zu müssen. Man muss es der Verwaltung am Ende auch wieder zugutehalten, dass wir in einem sehr kurzen Verfahren hier zu diesen Entscheidungen kommen mussten.

Ich bin vor allen Dingen sehr froh darüber, dass wir gemeinsam mit den anderen Antragstellern ein Verfahren verabredet haben, in dem wir aus dem politischen Raum jetzt noch einmal mit den Kritikern und Gegnern der Sonntagsöffnung - ver.di, den Kirchen usw. - zusammenkommen und versuchen wollen, einen guten, soliden Konsens zu schaffen, der dann für das Jahr 2019 gilt und darüber hinaus trägt.

Insofern bin ich optimistisch, dass wir mit dem heutigen Änderungsantrag, den wir Ihnen vorlegen, die Möglichkeit schaffen, allen Aspekten ein Stück weit gerecht zu werden.

Ich hoffe sehr darauf, dass wir im weiteren Verfahren mit Blick auf 2019 einen solchen - so will ich es jetzt einmal salopp nennen - Eiertanz nicht mehr erleben müssen, sondern auf der Basis von Kriterien, die wir vereinbaren, zu schnellen, soliden Verabredungen kommen.

In diesem Sinne danke ich allen Beteiligten, die daran mitgewirkt haben, und hoffe sehr, dass die Verwaltung das noch einmal mitnimmt und in diesem Sinne auch die Schreibstube des Rates bleibt, wie der Kollege Frank beim letzten Mal sehr treffend formuliert hat. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Stadtdirektor Dr. Keller, bitte.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Jetzt kommt die Schreibstube!)

**Stadtdirektor Dr. Stephan Keller:** Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Joisten, wir sind natürlich gerne die Schreibstube des Rates. Ich möchte aber an dieser Stelle - -

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen  
- Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Da flunkern Sie etwas!)

- Ja, okay. - Was ich eigentlich sagen möchte, ist aber Folgendes: Wir sind nicht die Schreibstube des Einzelhandels.

Herr Joisten, ich habe versucht, es Ihnen im Rahmen der interfraktionellen Besprechung am Freitag zu erklären. Ich glaube, es ist auch bei allen anderen angekommen. Aber Sie haben es offensichtlich nicht begriffen, wenn ich das an dieser Stelle so sagen darf.

(Zurufe von der SPD)

Erstens. Wir sind Genehmigungsbehörde. Sie haben ein völlig falsches Bild davon, wer hier was zu tun hat. Es werden Anträge auf verkaufsoffene Sonntage gestellt. Das machen die Interessengemeinschaften. Wir haben es über den Sommer mit viel Mühe und viel Arbeit hinbekommen, dass die IHK und der Handelskämmerer - hallo, Herr Grawe! - an dieser Stelle eine koordinierende Funktion übernehmen. Das hat eigentlich auch ganz gut geklappt.

Das Bild, dass der Handel uns sagt: „Wir wollen am Sonntag, dem 9. Dezember 2018, in Rodenkirchen den Winterzauber machen; liebe Verwaltung, schreib uns jetzt einmal auf, was wir da zu tun haben“, ist ein falsches. Es werden Anträge gestellt, die wir dann zu genehmigen haben.

Über den Sommer haben wir in monatelanger, wochenlanger Arbeit Folgendes gemacht: Wir haben die Einzelhandelsorganisationen beraten. Wir haben ihnen das Gesetz erklärt. Wir haben ihnen gesagt, was wir brauchen.

Ich frage mich an dieser Stelle übrigens: Wo ist denn die IHK in diesem Spiel? Es ist eigentlich ihre Aufgabe, ihre Mitglieder zu beraten.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Wir haben das an dieser Stelle übernommen. Aber wir können am Ende nicht den Antragstellern den Griffel führen und das aufschreiben, was wir da für richtig halten, sondern sind darauf angewiesen, dass Anträge gestellt werden, die wir dann nach Recht und Gesetz bewerten.

Und eine solche Vorlage haben wir vorgelegt. Da hat die Verwaltung wirklich keinerlei Versäumnisse begangen.

Ich will noch einen zweiten Punkt ansprechen; dann bin ich aber auch schon still. Machen Sie uns bitte nicht dafür verantwortlich, dass es hier keinen Konsens gibt. Wenn wir einen Partner am Tisch haben, der trotz vieler Gespräche einen Konsens verweigert, müssen wir das am Ende einfach so zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Um da nicht falsch verstanden zu werden: Ich habe ja Verständnis dafür. Es ist eine absolut legitime Position, verkaufsoffene Sonntage abzulehnen. Dann muss man das aber auch so sagen, anstatt unter dem Deckmantel, man möge vielleicht noch einen Kompromiss finden, immer neue Verfahrenshürden und Verfahrenshindernisse einzuführen,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

um dann am Ende zu sagen: Die Verwaltung ist hier und da nicht übers Stöckchen gesprungen; deshalb klappt es nicht. - Dann ist es ehrlicher, zu sagen: Wir wollen das nicht, weil wir den Arbeitnehmerschutz hochhalten bzw. weil wir den katholischen Sonntagsschutz hochhalten.

Dafür habe ich alles Verständnis der Welt. Man darf aber bitte nicht die Schuld bei der Verwaltung abladen, wenn es dann mit einem Konsens nicht funktioniert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Petelkau, bitte.

**Bernd Petelkau** (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst

einmal festhalten, dass der heutige Tag ein guter Tag für den Einzelhandel ist, weil wir heute sieben Sonntagsöffnungszeiten beschließen werden. Das ist ein klares Zeichen dafür, dass wir den Einzelhandel insbesondere in den Veedeln unterstützen wollen. Vor dem Hintergrund der Situation des Einzelhandels ist genau dies zum jetzigen Zeitpunkt das richtige Zeichen.

Des Weiteren ist es wichtig - das findet sich ebenfalls in unserem Änderungsantrag wieder -, dass wir für die nächsten Jahre eine stabile Lösung finden. Denn es macht keinen Sinn, vor jeder entscheidenden Ratssitzung oder Ausschusssitzung die Dinge jedes Mal neu zu diskutieren. Wir brauchen hier eine grundsätzliche Lösung, ein Kölner Modell.

Das Kölner Modell kann am Ende nicht zwischen der Verwaltung und den beteiligten Protagonisten ausgehandelt werden, sondern muss eine politische Lösung sein. Deshalb begrüße ich sehr, dass die Sprecher der in den beteiligten Ausschüssen, nämlich dem AVR und dem Wirtschaftsausschuss, vertretenen Fraktionen und die Ausschussvorsitzenden gemeinsam das Gespräch mit ver.di und den Kirchen suchen, um zu schauen: Wie bekommen wir eine Lösung hin?

Denn eines möchte ich auch noch einmal festhalten: Selbst wenn wir heute alle Sonntage freigeben, ist das Risiko, dass gerade bei offensichtlichen Begründungen wie dem Einschalten der Weihnachtsbaumbeleuchtung ver.di sofort wieder vor das Verwaltungsgericht zieht, relativ hoch. Aber wenn wir jetzt den Gesprächsfaden aufnehmen, verbinde ich damit die Hoffnung, dass wir zumindest eine gewisse Friedenspflicht haben, sodass der Einzelhandel in den Veedeln auch in der Lage ist, diese Themen entsprechend umzusetzen, und nicht das Risiko besteht, dass kurz vor Toresschluss eine Veranstaltung doch noch per Gerichtserlass aufgehoben wird.

Es ist uns wichtig, dass wir hier eine praktikable Lösung schaffen, von der der Einzelhandel am Ende auch wirklich etwas hat. Das ist allemal besser als eine auf dem Papier schöne Ratsentscheidung, die am Ende das Papier, auf dem sie steht, nicht wert ist. - Das ist die erste wichtige Kernbotschaft.

Des Weiteren möchte ich das, was der Stadtdirektor gerade gesagt hat, noch einmal unterstreichen. Es ist nicht Aufgabe der Verwaltung, die Dinge hier zu lösen. Sie hat wirklich - da muss man die Verwaltung auch einmal in Schutz nehmen - in den letzten Monaten intensive Beratungen mit dem Einzelhandel aufgenommen und

viele Gespräche geführt. Wenn dann am Ende - auch in einer Gesetzeslage, die sich derzeit ändert - noch nicht alles klar ist, muss man dafür auch Verständnis haben.

Wenn wir jetzt versuchen, hier den politischen Konsens herzustellen, und am Ende vielleicht doch ein Kölner Modell finden, das für die nächsten Jahre tragfähig ist, dann nützt das am Ende nicht nur uns als Entscheidungsträgern, glaube ich. Es nützt dem Einzelhandel, für den eine neue Perspektive entstehen kann. Es nützt aber auch ver.di und den Kirchen, weil sie dann sehen, dass der Sonntagsschutz in Köln einen unveränderten hohen Stellenwert hat.

Wenn wir heute gemeinsam mit dieser Botschaft aus dieser Sitzung gehen, dann haben wir hier gute Beschlüsse gefasst. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Dankeschön, Herr Petelkau. - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vor einer guten Stunde sah es noch so aus, als würden wir hier zu gar keinem Beschluss kommen. Das möchte ich auch den Angehörigen des Einzelhandels mitteilen, die sich hier anschauen, ob wir heute ein Ergebnis erzielen.

Das hat verschiedene Gründe. Ein wesentlicher Grund ist sicherlich auch, dass es hier um eine Werte-/Güterabwägung zwischen dem hohen Schutz des Sonntags und den durchaus legitimen Interessen des lokalen Einzelhandels geht.

Ich appelliere auch an die Einzelhandelsorganisationen, dies ernst zu nehmen. In den vielen Schreiben, die wir bekommen haben, taucht nämlich genau dieser Sachverhalt gar nicht mehr auf. Der Sonntagsschutz hat in der Bundesrepublik Deutschland aber Verfassungsrang. Ich gehe auch davon aus, dass sich daran nichts ändert. Gerade diese Stärke nutzt ver.di ja auch, wenn sie aufgrund der höchstrichterlichen Rechtsprechung und des Verfassungsrangs die Sonntagöffnungen bekämpfen.

Wir Grüne waren nie diejenigen, die gesagt haben: Sonntagöffnungen nie und nimmer. - Uns geht es um einen fairen Interessenausgleich.

Diesen Ausgleich zu erreichen, haben wir auch hier mit diesem Kompromiss versucht, indem wir

von zwölf Veranstaltungen jetzt sieben zulassen. Das ist ein Kompromiss, bei dem wir versucht haben, abzuwägen, wie einerseits die lokalen Situationen des Einzelhandels in den einzelnen Stadtteilen sind und inwieweit andererseits die juristische Begründung vielleicht tragen kann.

Eines ist dabei klar: Mit diesem Ratsbeschluss existiert keine Rechtssicherheit. Das müssen auch die Veranstalter wissen. Eine Rechtssicherheit können wir auch gar nicht schaffen. Dies hat seinen Ursprung sicherlich darin, dass das novellierte Ladenöffnungsgesetz Nordrhein-Westfalen in vielen Punkten im Widerspruch zur höchstrichterlichen Rechtsprechung steht. Das habe ich schon am vorletzten Donnerstag hier gesagt. Ich denke, dass da eine Harmonisierung notwendig ist - die aber nur der Gesetzgeber schaffen kann. Das würde uns als Rat völlig überfordern.

Insofern ist dies ein Kompromiss. Wir haben Zuversicht, dass er trägt und dass er unter Umständen auch juristisch trägt. Das werden die nächsten Wochen zeigen.

Eines ist jedenfalls wichtig - deshalb steht es auch in dem Antrag -: Der Versuch, unterjährig zu Regelungen zu kommen, ist sehr schwierig und lässt auch immer sehr viele Unzufriedene zurück. Kein Ratsmitglied möchte 100 Seiten Papier auf seinem Tisch vorfinden und dann mehr oder weniger nach Gefühl entscheiden müssen.

Insofern meinen wir unseren Vorschlag der Runde von Wirtschaftsausschuss und AVR sowie den Vertretern der Gewerkschaften und der Kirchen sehr ernst. Wir hoffen, dass wir 2019 zu einer tragfähigen Lösung kommen, die wir auch frühzeitig beraten und verabschieden können; denn den jetzigen Weg zu gehen, kann nicht vernünftig sein. Darauf setzen wir erst einmal.

Ich bin auch froh darüber, dass sich die drei größeren Fraktionen hier doch noch zusammengefunden haben. Schließlich hatten wir den Ursprungskompromiss, maximal drei Sonntage in den Stadtteilen zu öffnen, aus dem Jahr 2006 immer als Grundlage - unabhängig von den Veränderungen, die sich in der Landesgesetzgebung ergeben haben. Wir sollten versuchen, auf diesem Weg, den Herr Petelkau eben als Kölner Weg bezeichnet hat, weiterzugehen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Bernd Petelkau [CDU])

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Dankeschön, Herr Frank. - Frau Tokyürek, bitte.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist schon interessant, dass unter den großen Fraktionen hier Einigkeit darüber besteht, dass dieser Änderungsantrag eigentlich politisch ist. Inhaltlich haben Sie sich ja anscheinend nicht so sehr damit auseinandergesetzt. Sonst hätten Sie vielleicht auch anders entschieden.

Ich möchte auch gar nicht auf das eingehen, was ver.di erklärt hat, oder etwas zu dem Konsens sagen. Wie Herr Dr. Keller bereits erwähnt hat, hat ver.di eine Stellungnahme mit einem Umfang von 19 Seiten dazu abgegeben. Insofern spricht viel dafür, dass sie sich mit der Materie auseinandergesetzt haben - und das mit den Unterlagen, die sie hatten; denn die Beschlussvorlage lag ver.di zu dem Zeitpunkt überhaupt nicht vor.

Vielmehr möchte ich inhaltlich auf die Sonntagsöffnungen eingehen, die heute mit dem hier vorliegenden Änderungsantrag genehmigt werden sollen. Lassen Sie mich zunächst einmal ganz kurz die Rechtslage darstellen.

Die Neufassung des § 6 Abs. 1 LÖG NRW lässt in bestimmten Fällen - nämlich dann, wenn ein öffentliches Interesse besteht - Sonntagsöffnungen zu. Die verfassungsrechtlich gebotene Abwägung zwischen der Ladenöffnung und dem Sonntags- und Feiertagsschutz - Herr Frank, Sie haben es erwähnt - ist aber nach wie vor nicht entbehrlich. Die in § 6 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 bis 5 LÖG NRW aufgeführten Gründe müssen in besonderer Weise betroffen sein - so eine Entscheidung des OVG NRW im April dieses Jahres. Unverändert gilt, dass das bloße Umsatzinteresse nicht ausreichend ist.

Das haben Sie netterweise in Ihrem Beschlusspunkt II auch noch einmal erwähnt.

Erfreulich an diesem Änderungsantrag ist, dass zumindest eine Reduzierung der Zahl der Sonntagsöffnungen vorgenommen worden ist.

Wenn man sich aber im Detail anschaut, welche Sonntagsöffnungen verblieben sind, und einen Vergleich mit den anderen vorgeschlagenen Sonntagsöffnungen vornimmt, erkennt man, dass es da inhaltlich Probleme gibt.

Herr Joisten, Sie haben die Sonntagsöffnung im Severinsviertel erwähnt. Ich habe mir das noch einmal genau angeschaut und es verglichen.

Entschieden hat man sich im Änderungsantrag für die Multimediale Geschichtsmeile; bei der Weihnachtsbeleuchtung hat man gesagt, das genüge nicht zur Erfüllung der Anforderungen.

Der Vergleich der Anträge lässt jedoch inhaltlich keinen Unterschied erkennen. Für beide Sonntagsöffnungen sieht die Verwaltung weder einen Zusammenhang zu einer Veranstaltung, noch kommt als Begründung die Steigerung der überörtlichen Sichtbarkeit der Kommune als attraktivem Standort insbesondere für den Tourismus infrage.

Hierzu noch eine Anmerkung, meine Damen und Herren: Bei allen zwölf ursprünglich vorgeschlagenen Sonntagsöffnungen gibt es weder einen Zusammenhang zu einer Veranstaltung, noch kommt die Nr. 5 - überörtliche Sichtbarkeit, Tourismus - überhaupt infrage. Es besteht also nur die Möglichkeit, die Voraussetzungen der Nrn. 2 bis 4 der neuen Fassung des LÖG NRW heranzuziehen.

Und hier sind die Ausführungen identisch. Laut den Besucherprognosen soll die Veranstaltung in Verbindung mit der Weihnachtsbeleuchtung am 16. Dezember 2018, die nicht stattfinden soll, sogar attraktiver sein. Diese Veranstaltung hat man abgelehnt, aber der Veranstaltung im Rahmen der Einführung der App zur Multimedialen Geschichtsmeile zugestimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Begründung für die Sonntagsöffnung im Rahmen der Einführung der App wird die Stärkung des Standortes herangezogen und argumentiert, dass diese Sonntagsöffnung erfolgen soll, damit der Einzelhandel dort weiterhin konkurrenzfähig ist.

Die Sonntagsöffnung im Rahmen der Weihnachtsbeleuchtung wird damit begründet, dass es einen deutlichen Rückgang der Betriebe gebe und es absolut notwendig sei, die Attraktivität des Severinsviertel zu stärken oder mindestens zu erhalten. Weiterhin wird erklärt, dass es um die Attraktivität des Veedels geht und somit auch um den Tourismus - obwohl in der Nr. 2 der Tourismus überhaupt nicht inbegriffen ist - und die Lebensmittelgeschäfte. Auch bei der Sonntagsöffnung im Rahmen der Weihnachtsbeleuchtung sagt man also: Es geht um die Attraktivität des Veedels und um die Stärkung der Lebensmittelgeschäfte.

Soweit aber die Konkurrenz zum Onlinehandel immer wieder als Begründung für Sonntagsöff-

nungen angeführt wird, ist das für mich nicht nachvollziehbar, wenn es bei diesen Sonntagsöffnungen im Severinsviertel um die Stärkung der Lebensmittelgeschäfte geht. Meine Damen und Herren, Lebensmittelmärkte konkurrieren doch überhaupt nicht mit dem Onlinehandel.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist doch Wahnsinn, das damit zu begründen. Aktuelle Zahlen belegen sogar, dass der Onlinehandel im Lebensmittelbereich nicht die Erwartungen erfüllt. Sie können sich gerne anschauen, was Amazon Fresh da erlebt.

Diese Gegenüberstellung soll zeigen, dass nicht nachvollziehbar ist, weshalb die eine Sonntagsöffnung die Voraussetzungen erfüllt und die andere nicht. Für uns erfüllen beide Sonntagsöffnungen im Severinsviertel überhaupt nicht die Voraussetzungen. Wir würden sie beide ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Verwaltung hat die Begründung der Interessengemeinschaften vollständig übernommen. Herr Dr. Keller, Sie müssen ja noch nicht einmal helfen, bei den Anträgen die Begründung zu formulieren. Aber Sie haben sie einfach eins zu eins in die Beschlussvorlage übernommen.

Allerdings obliegt es der Verwaltung, sich Gewissheit über die tatsächlichen Gegebenheiten im Bereich der Sonntagsöffnungen zu verschaffen, weil nur auf dieser Grundlage die verfassungsrechtlich gebotene Abwägung und ihre gerichtliche Überprüfung möglich ist - so das OVG NRW.

(Beifall bei der LINKEN und von Christiaan Joisten [SPD])

Konkrete Feststellungen zu den mit der Verkaufsstellenöffnung im Severinsviertel im Einzelnen verfolgten Gemeinwohlinteressen sowie deren Bestimmung und Gewichtung sind vorliegend von der Verwaltung nicht getroffen worden. Das gilt im Übrigen für alle weiteren Sonntagsöffnungen. Daher können wir der Beschlussvorlage und dem Änderungsantrag - bis auf, wenn überhaupt, die Sonntagsöffnung in Braunsfeld - nicht zustimmen.

Ich möchte noch ganz kurz auf den Punkt II des Änderungsantrags eingehen. Ich weiß nicht, warum wir Selbstverständliches beschließen sollen. Natürlich hat diese Entscheidung heute überhaupt kein Präjudiz. Wenn es neue Sonntagsöffnungen gibt, dann muss sich die Verwaltung an

das halten, was Gesetzeslage ist. Insofern werden wir auch diesem Änderungsantrag nicht zustimmen. - Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Dankeschön, Frau Tokyürek. - Jetzt Herr Görzel, bitte.

**Volker Görzel (FDP):** Liebe Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Alle Geschäfte stehen still, wenn dein starker Arm es will“ - frei nach Georg Herwegh, etwas übertragen auf die Kölner Szenerie.

Wir hätten es an dieser Stelle mit einem Kompromiss und einem fairen, praktikablen Vorschlag zu tun, wurde uns hier suggeriert. Der Kollege Petelkau hat sogar gesagt, es sei ein guter Tag für die Kölner Einzelhändler.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein schlechter Tag für die Kölner Einzelhändler. Es ist auch keine praktikable Lösung, sondern eine Mogelpackung.

(Beifall bei der FDP)

Denn die Geschäfte im Severinsviertel werden am 9. Dezember 2018 nicht öffnen können. Frau Tokyürek von den LINKEN hat das ja gerade sehr eindrucksvoll dargelegt. Der Vriingsadvent wird auch nicht stattfinden können. Der Martinsmarkt in Rodenkirchen wird ebenfalls ausfallen müssen, genauso wie die Kunst im Carrée in Süß/Klettenberg. Die 20. Street Gallery in Lindenthal - Herr Petelkau, Ihrem Stadtbezirk - wird dieses Jahr auch nicht stattfinden. Denn alle Geschäfte stehen still, wenn dein starker Arm es will.

Es ist nämlich in der Tat, wie hier schon mehrfach angeklungen ist, einzig und allein ver.di, das die Geschäfte in Köln am Sonntag geschlossen hält.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht, dass die Geschäfte am Sonntag geschlossen sind, Herr Görzel! Sie stehen mit Ihrer Rede nicht auf dem Boden des Grundgesetzes!)

Herr Joisten und auch Herr Frank sagen vollkommen zu Recht, dass wir einen Ausgleich schaffen müssen. Aber es ist eben nicht die Auf-

gabe von ver.di, ausschließlich alles zu boykottieren. Sie alle haben als Tischvorlage die Anlage 20 mit der Stellungnahme von ver.di erhalten. Dort macht ver.di eindeutig klar, dass es keinen Kompromiss will.

ver.di wird auch keinen Kompromiss abschließen. Ich verwette einen Bummel auf dem Kölner Weihnachtsmarkt am Roncalliplatz darauf, dass ver.di auch von den verbliebenen sieben verkaufsoffenen Sonntagen mindestens einen angreifen wird und dagegen klagen wird.

Damit will ich auf Folgendes hinaus: Es ist keine Rechtssicherheit gegeben, Herr Petelkau. ver.di wird klagen. Das ist so deutlich wie das Amen in der Kirche.

Vor diesem Hintergrund streuen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dem Kölner Einzelhandel Salz in die Augen, indem Sie hier so tun, als wäre es ein guter Tag. Es wäre ein guter Tag für den Kölner Einzelhandel geworden, wenn wir hier mutig gewesen wären und gesagt hätten: Wir wollen ein Signal für den Kölner Einzelhandel setzen und winken die zwölf beantragten Sonntagsöffnungen durch.

(Beifall bei der FDP)

Denn dann läge der Schwarze Peter bei ver.di.

Jetzt haben Sie als Politik allen Ernstes den Mut, hier eine Entscheidung vorwegzunehmen. Frau Tokyürek hat es doch gerade deutlich gemacht. Wie wollen Sie denn erklären, dass eine App dazu geeignet ist, eine solche Sonntagsöffnung durchzuführen, aber eine Weihnachtsbaumaufstellung oder eine Street Gallery nicht? Das ist politische Willkür. Das ist kein faires Verfahren, kein bürgerfreundliches Verfahren und auch kein einzelhandelfreundliches Verfahren; das ist Geschacher.

(Beifall bei der FDP)

Genau das liegt hier heute auf dem Tisch. Ich kann alle verstehen, die gerne einen Kompromiss schließen wollen. Herr Frank, ich bin auch ein großer Freund des Kompromisses. Aber nennen Sie eine Mogelpackung bitte nicht Kompromiss. Eine Mogelpackung bleibt eine Mogelpackung.

Ich möchte hier die Hoffnung äußern, dass es allen gelingt, ver.di zum Umdenken zu bewegen. Ich persönlich glaube allerdings nicht daran.

Und denken Sie bitte an die Wette. Sollte ver.di keinen der hier durchgewunkenen sieben Anträ-

ge beklagen, lade ich zum Bummel auf dem Weihnachtsmarkt am Roncalliplatz ein. Dazu stehe ich. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank, Herr Görzel. - Ich eröffne die zweite Runde. Herr van Geffen, bitte.

**Jörg van Geffen (SPD):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das, was der Herr Stadtdirektor hier eben zum Besten gegeben hat, kann man beim besten Willen nicht so stehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, Sie seien nicht die Schreibstube des Einzelhandels. D'accord. Aber die Verwaltung ist Dienstleister für die Bürger - und Bürger sind auch die Einzelhändler. Das wollen wir erst einmal festhalten.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Die Aufgabe der Verwaltung ist es aus meiner Sicht, auch in diesem konkreten Fall zu Konsens beizutragen. Das haben wir der Verwaltung auch schon x-mal ins Stammbuch geschrieben - nicht Ihnen persönlich, Herr Keller, sondern der Verwaltung insgesamt. Da ist mir jetzt auch das Parteibuch des Stadtdirektors völlig egal, um das einmal deutlich zu sagen.

Ich bin jetzt seit neun Jahren in diesem Rat. Noch nie habe ich eine Vorlage zur Sonntagsöffnung erlebt, die wirklich einmal schlank durchgegangen wäre. Wir haben jedes Mal, salopp gesagt, diesen Stress an der Backe. Da sage ich einfach: Das ist indiskutabel.

Ich erwarte, dass die Verwaltung uns hier Beschlussvorlagen bietet, die vor allem rechtssicher sind. Es kann nicht sein, dass ver.di jedes Mal den Finger in die Wunde legt

(Zuruf von der FDP)

- jetzt rede ich - und dann auch entsprechende Erfolge vor Gericht erzielt. Dann ist doch irgendwo etwas im System falsch.

Deswegen setze ich große Hoffnungen darauf, dass dieses Gespräch, das Herr Petelkau eben in seiner Rede noch einmal besonders hervorgehoben hat, wirklich hilft, damit wir künftig sol-



che Sondersitzungen des Rates wie heute dafür nicht mehr brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind, mit Verlaub, Ihrer Aufgabe nicht nachgekommen, Herr Dr. Keller. Sie sind ihr nicht nachgekommen. Sie haben keine vernünftige Bewertung der Vorlagen abgegeben. Sie haben einfach das abgeschrieben, was die Antragsteller Ihnen aufgeschrieben haben. Das hilft uns nicht. Wir sind immer noch ein ehrenamtlicher Rat. Da erwarte ich von der Verwaltung einfach ein entsprechendes Mehr.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen. ver.di hier, wie das jetzt auch erwartungsgemäß beim Kollegen Görzel angeklungen ist, den Schwarzen Peter zuzuschieben, finde ich schwierig. Ich glaube, ver.di macht an dieser Stelle den Job, den ver.di machen muss - nämlich, die Vorlage aus Gewerkschaftssicht zu beurteilen.

Wenn sie denn so viele offene Flanken enthält, ist der Fehler nicht bei ver.di zu suchen. Vielmehr muss man dann schauen, dass das in der Form der Beantragung anders läuft. Dann muss man, bitte schön, auch bei der Erarbeitung der Beschlussvorlage - noch einmal: bei der Erarbeitung der Beschlussvorlage - die entsprechende Sorgfalt walten lassen, damit die Vorlage schlanker durchgeht und wir hier wirklich rechtssicher entscheiden können.

Ich habe in verschiedenen Sitzungen schon die Frage gestellt: Sind Sie sicher, dass das rechtssicher ist? - Im letzten Jahr hat es nicht funktioniert.

(Zuruf von der CDU)

- Ich bin immer noch dran. - Jetzt kommt noch eine persönliche Anmerkung. Sie haben Herrn Joisten vorgeworfen, er habe als Einziger nicht verstanden, was Sie erklärt haben, Herr Dr. Keller. Ich finde, das ist kein Umgang, den die Verwaltungsspitze hier mit der Politik betreiben sollte.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Zuruf von Sylvia Laufenberg [FDP])

- Das würden Sie genauso sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich stelle einfach noch einmal fest: Aufgabe der Verwaltung wäre es gewesen, hier eine vernünftige Vorlage einzubringen, in der die Anträge vernünftig bewertet gewesen wären. Das haben

wir jetzt mit der entsprechenden politischen Beurteilung gemacht. Ich erwarte, dass das künftig anders läuft. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Dankeschön, Herr van Geffen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD! Der Konflikt ist hier eigentlich dargelegt worden. Herr Frank hat dargestellt, wie das Grundrecht auf Sonntagschutz jetzt geregelt ist. Die FDP bringt hier das Grundrecht auf Schutz des Eigentums ein. Das ist ja im Prinzip Ihre Aussage. Das ist ja auch okay; das kann man ja auch darstellen. Hier geht es jetzt um eine Güterabwägung.

Im Rahmen der Diskussionen der letzten Jahre ist auch immer dargelegt worden, dass das Recht auf Eigentum nicht als Begründung dafür genutzt werden kann, am Sonntag zu öffnen. Da gibt es verschiedene Urteile. Das ist alles im Prinzip klar.

Sie müssen hier abwägen, was Ihnen wichtiger ist. Der Kollege Frank hat ja gesagt: Uns ist das Grundrecht auf den freien Sonntag nicht so wichtig.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Nein, ich habe genau das Gegenteil gesagt!)

- Nein, nicht so wichtig, haben Sie gesagt; nicht so wichtig.

Ich glaube aber, dass Parteien, die sich ein bisschen an den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientieren und vor allem auch an die christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richten, hier in dieser Frage ganz klare Kante zeigen sollten und sagen sollten: Nein, wir werden keinem Sonntag zustimmen.

Denn es geht hier um eine grundsätzliche Auseinandersetzung. Und wenn das Gesetz auf Landesebene so schlecht ist, dann sollte man dieses schlechte Gesetz nicht noch damit hofieren, dass man Ausnahmen macht.

Deswegen kann ich nur sagen: Diese Begründung, wie Sie sie hier vorgetragen haben, finde ich wirklich unterirdisch. - Dankeschön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Daher kommen wir nun zur Abstimmung. Das ist unsere Aufgabe.

Erstens lasse ich über den Änderungsantrag von SPD, CDU, Grünen und BUNT abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU und BUNT. Wer stimmt dagegen? - Das ist DIE LINKE. Wer enthält sich? - Die FDP.

(Ulrich Breite [FDP]: Wir enthalten uns nicht! Wir sind dagegen!)

- Ja, mit der LINKEN, genau - und Herr Wortmann stimmt auch dagegen.

(Unruhe)

- Ich glaube, einige wollen das gerne noch einmal hören. - Wer enthält sich? - Das ist die AfD. Damit wurde der Änderungsantrag angenommen.

Zweitens stimmen wir über die Vorlage in der geänderten Form ab. Wer ist dafür? - Die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Wortmann und BUNT. Wer ist dagegen? - DIE LINKE. Wer enthält sich? - Die AfD. Damit ist die Vorlage beschlossen.

Ich wünsche einen angenehmen Nachmittag.

(Schluss: 15.20 Uhr)